



Prioritäten der Schweiz für die 72. Tagung der UNO-Generalversammlung

Mit der 72. UNO-Generalversammlung (UNO-GV) wird die Schweiz das 15-jährige Jubiläum ihrer Mitgliedschaft in der UNO begehen. Seit ihrem Beitritt im September 2002 hat sich die Schweiz konsequent als aktives und unparteiliches Mitglied der UNO für die Umsetzung der Ziele gemäss UNO-Charta engagiert. Hierunter fallen in erster Linie die friedliche Streitbeilegung und die Prävention künftiger Konflikte und Krisen. Die Organisation bietet der Schweiz die Möglichkeit, zur Lösung globaler Probleme beizutragen und ihren Teil der Verantwortung für eine positive Entwicklung des Weltgeschehens wahrzunehmen.

Die ausserpolitischen Interessen und Werte der Schweiz sind weitgehend deckungsgleich mit den Grundsätzen der UNO. Die UNO ist daher ein zentrales Instrument für die Umsetzung der Schweizer Aussenpolitik sowie die Wahrung und Förderung der Interessen und Werte, wie sie in der Bundesverfassung verankert sind. Die ausserpolitische Strategie 2016-2019 bildet den Rahmen für die Prioritäten und Schwerpunkte der Schweiz für die 72. UNO-GV. Die Prioritäten richten sich zudem nach denjenigen der Vorjahre, da auch Kontinuität bei den übergeordneten Zielen, Interessen und Werten der Schweiz gegeben ist. Sie orientieren sich an den zwei strategischen Hauptachsen des Schweizer UNO-Engagements für die Dekade 2012-2022 Frieden und Sicherheit sowie Reform der UNO.

Die Schweiz will eine starke, moderne und effektive UNO, die ihre hochgesteckten Ziele wirksam und umfassend erreichen kann. Damit die UNO ihre wichtige Rolle wahrnehmen kann, muss sie fortlaufend erneuert, gestärkt und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Die Schweiz unterstützt darum die Reformbestrebungen des neuen UNO-Generalsekretärs (UNGS) in allen Bereichen, wobei realistische Erwartungen wichtig sind. Sie engagiert sich zudem für die Weiterführung, Operationalisierung und nachhaltige Umsetzung von bereits beschlossenen Reformprojekten. Die Schweiz vertritt einen systemischen Reformansatz, bei welchem die einzelnen Aktions- und Reformfelder der UNO von Verbesserungen der Managementstrukturen begleitet werden müssen. Ein Hauptanliegen bleibt die bessere Koordination der verschiedenen Akteure und Reformen im Bereich der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit, der Friedensförderung und der Menschenrechte.

Für die 72. UNO-GV hat die Schweiz folgende Prioritäten festgelegt:

Frieden und Sicherheit

Die Schweiz wird in der 72. UNO-GV ihr Engagement für Frieden und Sicherheit weiter stärken. Sie unterstützt die Reformbestrebungen des UNGS in diesem Bereich und insbesondere eine Stärkung der Konfliktprävention und der Kapazitäten im Bereich Mediation. Der Appell vom 13. Juni zur Stärkung der Prävention mittels systematischer Verankerung der Menschenrechte in sicherheitspolitischen Debatten bleibt eine Priorität der Schweiz. Der Fokus liegt in der kommenden UNO-GV auf der Umsetzung, wobei eine neu geschaffene Gruppe von interessierten Staaten konkrete Handlungsoptionen identifizieren wird, unter anderem betreffend Zusammenarbeit des Menschenrechts- und des Sicherheitsrats. Genf soll als Standort für Friedensgespräche und Konfliktprävention weiter gestärkt werden. Die Schweiz setzt sich zudem für eine Stärkung der relevanten Partnerschaften mit regionalen Organisationen und insbesondere eine engere Zusammenarbeit zwischen der UNO und der OSZE ein. Auch die globale Bekämpfung der Korruption bleibt ein Schwerpunkt des Einsatzes der Schweiz.

Die Schweiz wird sich aktiv beim hochrangigen Treffen der UNO-GV zu Peacebuilding und Sustaining Peace einbringen und sich dafür einsetzen, dass das präventive Potenzial der Friedenskonsolidierung besser genutzt wird und ausreichende Finanzierung dafür zur Verfügung steht. Den Vorsitz der Burundi-Konfiguration in der UNO-Kommission für Friedenskonsolidierung wird die Schweiz ebenfalls fortsetzen. Konkrete Ziele sind die Weiterführung der Diskussion zu sozio-ökonomischen Aspekten, die Verfolgung der

Menschenrechtslage sowie die Mobilisierung von Unterstützung für den Mediationsprozess der ostafrikanischen Gemeinschaft. Sie setzt auch ihr Engagement für die Vergangenheitsarbeit und die Prävention von Gräueltaten fort, so zum Beispiel mit dem Vorsitz der GAAMAC Initiative (Global Action Against Mass Atrocity Crimes).

Ihr Engagement im Bereich Wasser, Frieden und Sicherheit setzt die Schweiz fort und wird die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts des hochrangigen Panels zu dieser Thematik begleiten. Im Bereich Terrorismusbekämpfung und Prävention von gewalttätigem Extremismus unterstützt sie die neu geschaffene Position eines Untergeneralsekretärs (USG) und des Büros für Terrorismusbekämpfung, insbesondere im Bereich Ursachenbekämpfung, Prävention, Schutz der Menschenrechte und Förderung der Rechtsstaatlichkeit. In diesem Sinn wird sie sich auch an der sechsten Überprüfung der globalen Anti-Terrorismus-Strategie der UNO im Sommer 2018 aktiv beteiligen.

Die Schweiz macht sich weiterhin dafür stark, dass die Zivilbevölkerung durch UNO-Friedensmissionen besser geschützt wird. Auch in der 72. UNO-GV setzt sie sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Politik der Nulltoleranz gegenüber sexuellen Übergriffen in UNO-Feldeinsätzen systemweit wirksam umgesetzt wird. Im Verhandlungsprozess zum Nuklearwaffenverbot engagiert sich die Schweiz für ein Instrument, welches zur nuklearen Abrüstung beitragen kann und den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen als Eckpfeiler des internationalen Sicherheitssystems stärkt.¹ Ihr traditionelles Engagement für die Reform der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats wird die Schweiz im Rahmen der ACT-Gruppe (Accountability, Coherence and Transparency) fortsetzen.

Menschenrechte

Die Schweiz ist seit dem 1. Januar 2016 erneut Mitglied im Menschenrechtsrat der UNO (Mandatsperiode 2016-2018), der in Genf angesiedelt ist. Sie wird die Stärkung des Menschenrechtsrats und der Menschenrechte im gesamten UNO-System weiter vorantreiben und sich für eine adäquate Finanzierung einsetzen. Vor dem Hintergrund der polarisierten Debatten in den UNO-Menschenrechtsgremien ist dieses Engagement umso wichtiger und auch im Interesse der langfristigen Stärkung des internationalen Genf als globales Kompetenzzentrum für die Menschenrechte. Die Schweiz wird sich zudem im November 2017 der dritten allgemeinen regelmässigen Überprüfung (Universal Periodic Review) des Menschenrechtsrats unterziehen.

Die Ziele und Prinzipien des Engagements der Schweiz in der UNO in Bezug auf die Menschenrechte sind in der Menschenrechtsstrategie 2016-2019 des EDA definiert. Die Abschaffung der Todesstrafe, Folterverbot und humane Haftbedingungen, Frauenrechte, Kinderrechte, Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten, der Schutz von Minderheiten, der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und die Stärkung der Zivilgesellschaft, der Kampf gegen die Straflosigkeit sowie spezifische Ländersituationen stehen für die Schweiz in der kommenden UNO-GV im Vordergrund.

Nachhaltige Entwicklung

Nach der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung am UNO-Gipfeltreffen im September 2015 steht in der 72. UNO-GV deren Umsetzung weiter im Vordergrund. Der UNGS hat die stellvertretende Generalsekretärin mit der Umsetzung der Agenda 2030 und den Reformen des UNO-Entwicklungssystems betraut. Die Schweiz unterstützt die Reformbestrebungen der UNO-Führung. Sie wird weiterhin konkrete Vorschläge einbringen, um die Agenda 2030 effizient und kohärent umzusetzen und eine effektive Arbeitsteilung innerhalb der UNO sicherzustellen.

Die Schweiz wird in diesem Zusammenhang insbesondere die Umsetzung der Beschlüsse der vierjährigen Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten (QCPR) vom Dezember 2016 eng verfolgen. Sie macht sich auch dafür stark, dass Synergien zwischen UNO-GV, deren Ausschüssen und dem ECOSOC besser genutzt und Überschneidungen reduziert werden. Bei der in der 68. UNO-GV beschlossenen Review des ECOSOC wird sich die Schweiz für mehr Kohärenz zwischen den einzelnen Segmenten innerhalb des ECOSOC-

¹ Am 7. Juli 2017 wurde das Nuklearwaffenverbot – nach mehrwöchigen Verhandlungen, welche durch die 71. UNO-GV lanciert worden waren – mit 122 Ja zu 1 Nein Stimme (Niederlande) und 1 Enthaltung (Singapur) angenommen.

Zyklus engagieren. Sie setzt auch ihr Engagement für die Verbesserung der Wasser-Gouvernanz im UNO-System fort.

Die Schweiz wird am Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) der UNO im Sommer 2018 einen umfassenden Länderbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 präsentieren. Der Bericht wird den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz aufzeigen und strategische Schwerpunkte für die Umsetzung in den kommenden vier Jahren vorgeben. Die Schweiz wird sich ebenfalls durch Einsitznahme in den Büros der Executive Boards von UNDP, UNFPA und UNOPS für eine effiziente und effektive Umsetzung der Agenda 2030 einsetzen. Sie engagiert sich für eine kohärente Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im ganzen UNO System.

Migration

Die Migrationsthematik bleibt auch in der 72. UNO-GV von besonderer Wichtigkeit. Nach der Verabschiedung einer Deklaration am letztjährigen Gipfeltreffen zu Flucht und Migration will die Staatengemeinschaft die darin gefassten politischen Beschlüsse mittels eines „Global Compact“ für Migration konkretisieren und die Herausforderungen und Chancen der Migration auf internationaler Ebene angehen. Die ständigen Vertreter der Schweiz und Mexikos in New York, Jürg Lauber und Juan José Gómez Camacho, wurden vom Präsidenten der UNO-GV beauftragt, die Erarbeitung dieses globalen Rahmenwerkes für die Migration zu koordinieren. Das Ziel ist, auf der Grundlage bestehender Normen und Verpflichtungen eine Einigung hinsichtlich eines lösungsorientierten und praktikablen Rahmenwerkes zu erzielen. Dieses soll künftig erlauben, die globale Migration sicherer, geordneter und geregelter zu gestalten. Die Schweiz engagiert sich auch bei der Ausarbeitung des „Global Compact“ für Flüchtlinge und setzt sich für eine optimale Nutzung der Genfer Expertise in diesen Prozessen ein. Die Schweiz wird sich auch weiterhin für einen umfassenden Ansatz gegen Zwangsvertreibungen einsetzen, dies auch in Bezug auf intern Vertriebene oder Vertriebene in Folge von Naturkatastrophen und Klimawandel.

Humanitäres

Die Schweiz setzt sich für eine Stärkung und Reform der humanitären Hilfe und des humanitären Ökosystems ein, welche als Folge der zahlreichen Konflikte und Krisen unter grossem Druck bleiben. Die Lücke zwischen humanitären Bedürfnissen und Massnahmen klafft weiter auseinander, und der humanitäre Sektor stösst an seine operationellen und finanziellen Kapazitätsgrenzen. Die Schweiz fordert darum, dass die UNO sich mit neuen Akteuren, Ideen und Arbeitsmethoden auseinandersetzt, um den humanitären Bedürfnissen effektiver zu begegnen. Sie setzt sich für eine effizientere Gewährleistung von Hilfe und Schutz für Menschen in Not und für eine stärkere Koordination und Kooperation der humanitären Akteure untereinander ein. Sie fordert zudem eine verbesserte Koordination der humanitären Hilfe und der Entwicklungsaktivitäten. Zudem macht sie sich für eine bessere Einbindung der direkt betroffenen Staaten und deren Bevölkerungen stark.

Thematische Schwerpunkte der Schweiz sind der Schutz der Zivilbevölkerung, beispielsweise gegen sexuelle und Gender-spezifische Gewalt, und der Zugang von humanitären Akteuren zu Notleidenden. Die Schweiz engagiert sich auch weiterhin für den Respekt und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der humanitären Prinzipien, beispielsweise zum Schutz der medizinischen Missionen oder hinsichtlich der Einhaltung der Verpflichtungen von nicht-staatlichen bewaffneten Akteuren. Zudem bleiben die Katastrophenvorsorge und die Stärkung der Prävention und Resilienz, die auch als Grundlagen für nachhaltige Entwicklung zentral sind, Schwerpunkte des Schweizer Engagements. Die Unterstützung der traditionellen UNO-Partner setzt die Schweiz fort. Sie engagiert sich für konkrete Reformen im Executive Board des World Food Programms (WFP) und als Vorsitzende der OCHA Donor Support Group, des UNRWA Advisory Committee und des Central Emergency Response Fund (CERF).

Management und Budget

Die Schweiz will eine UNO, die ihre Mandate effektiv und effizient wahrnehmen und umsetzen kann. Dafür ist eine gute Führung und Verwaltung der Organisation wie auch eine adäquate Finanzierung unabdingbar. Die angestrebten Reformen im Bereich Frieden und Sicherheit

sowie im Entwicklungssystem führen nur zum Erfolg, wenn sie von erfolgreichen Management Reformen begleitet werden.

Die Schweiz setzt sich weiter dafür ein, dass auf allen Ebenen der UNO eine zeitgemässe Managementkultur etabliert wird. Der UNGS soll ermächtigt werden, Reformen anzupacken und umzusetzen, ohne die Mitgliedstaaten zu Detailfragen einbeziehen zu müssen. Im Gegenzug ist umfassende Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die Schweiz macht sich zudem dafür stark, dass die eingeleiteten Reformprojekte, beispielsweise beim Personalwesen, den institutionellen Reformen oder im ICT-Bereich, weitergeführt und nachhaltig umgesetzt werden und so Genf als UNO-Standort gestärkt wird.

Auch in der kommenden UNO-GV, in der das reguläre Budget der UNO für das Biennium 2018-2019 verhandelt wird, werden die Debatten vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die UNO bei gleichzeitig hohem Budgetdruck stattfinden. Die Schweiz fordert, dass die UNO ausreichend Ressourcen für die wirksame Umsetzung ihrer Mandate erhält und diese Ressourcen so effizient und effektiv wie möglich einsetzt.

Internationales Genf

Die Stärkung des internationalen Genf als Zentrum der globalen Gouvernanz bildet ein transversales Element der Schweizer UNO-Politik als Ganzes. Die Schweiz befindet sich mitten in der Umsetzungsphase der Botschaft über die Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat, welche für den Zeitraum 2016-2019 verfasst wurde. Die einmalige Konzentration von internationalen Organisationen, Akteuren und Kompetenzen in Genf soll noch stärker für die Lösung der zunehmend komplexen globalen Herausforderungen genutzt werden und die Genfer Expertise noch besser in die Reformprozesse der UNO einfließen. Die Schweiz setzt sich insbesondere dafür ein, dass Genf mit seiner Vielzahl und Breite an Akteuren als Knotenpunkt für die Umsetzung der Agenda 2030 genutzt wird und dass die Rolle Genfs als Austragungsort von Friedensgesprächen weiter ausgebaut wird. Im Dezember 2017 wird die Schweiz mit Genf zudem Gastgeberin des Internet Governance Forums sein.

Eine weitere Priorität für die Förderung Genfs stellt die Modernisierung des Immobilienparks der dort ansässigen internationalen Organisationen dar. Im Sommer 2017 erfolgte der Auftakt zur Renovation des Palais des Nations im Rahmen des so genannten Strategic Heritage Plans, einem Projekt mit einer Laufzeit von fast einem Jahrzehnt (Planung: 2014-2016; Renovationsarbeiten: 2017-2023) und einem Kostenrahmen von 836.5 Millionen Franken, das 2015 von der UNO-GV verabschiedet wurde. Ende 2017 wird die UNO-GV innerhalb des Kostenrahmens über die Mittel für die nächsten Projektschritte entscheiden. Die Schweiz wird sich dafür einsetzen, dass die benötigten Mittel von der UNO-GV zeitgerecht bewilligt werden.

Ausserdem planen mit der WHO, der ILO, dem IKRK, der ITU und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften weitere wichtige internationale Organisationen in Genf Bau- und Renovationsvorhaben im Umfang von insgesamt über 1.5 Milliarden Franken. Die Schweiz (Bund, Kanton und Stadt Genf) unterstützt diese Projekte mit der Gewährung von Darlehen über insgesamt knapp 700 Millionen Franken, wie dies vom Parlament beschlossen wurde. Die Diskussionen um Lohnanpassungen des Genfer UNO-Personals verfolgt die Schweiz mit grosser Aufmerksamkeit.